



Hatte gestern vor dem Kantonsrat viel Erklärungsbedarf: Finanzdirektor Marcel Schwerzmann (stehend).
Bild Boris Bürgisser

Parlament schneidet Sparpaket auf

LUZERN Die Kantonsratsdebatte zum Sparpaket fand gestern noch kein Ende. Doch schon jetzt ist klar: Das Paket dürfte um mindestens 28 Millionen Franken leichter werden.

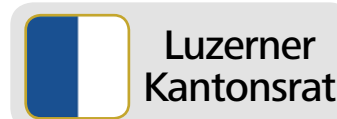
ALEXANDER VON DÄNIKEN
alexander.vondaeniken@luzernerzeitung.ch

Vergeblich mahnte Finanzdirektor Marcel Schwerzmann (parteilos) im Vorfeld, das Sparpaket «Leistungen und Strukturen 2» nicht aufzuschnüren – doch der Kantonsrat nahm gestern an der Sondersession die Schere in die Hand. Zwar hielt sich der Schaden für die Regierung bis am Abend in Grenzen: Nur 2 der 17 Sparmassnahmen im Gesamtwert von 39,1 Millionen Franken, für die es eine Gesetzesänderung braucht, wurden herausgeschnitten. Das sind für die nächsten drei Jahre gerade einmal 2,3 Millionen Franken weniger. Allerdings war die Debatte noch nicht fertig. Heute stehen Massnahmen im Bereich Finanzen und Steuern an, wogegen die Planungs- und Finanzkommission sowie die bürgerlichen Fraktionen bereits Widerstand ankündigten. Das Paket dürfte damit nochmals um rund 26 Millionen Franken leichter werden.

Bürgerliche setzen sich durch

In der Debatte hatten die Fraktionen der SP/Juso und der Grünen einen schweren Stand. Ausnahme war die Botschaft des Regierungsrats für den Übertritt ans Kurzzeitgymnasium, die gemeinsam mit der Mehrheit der Bür-

gerlichen erfolgreich bekämpft wurde (siehe Kasten). Kein Gehör fanden linksgrüne Anliegen für eine Erhöhung des Unternehmenssteuersatzes (abgelehnt mit 80:28 Stimmen) oder für eine Erhöhung der Vermögenssteuer (abgelehnt mit 87:25 Stimmen und mit 88:25 Stimmen). Die SVP scheiterte hingegen beim Antrag auf Rückweisung des gesamten Sparpakets mit 82:28 Stimmen.



Während der folgenden Eintretensdebatte bezogen die Fraktionen Stellung. «Das Sparpaket ist für viele Menschen sehr schmerzhaft», sagte Felicitas Zoppi (SP). «Die Regierung hat den Sparauftrag nicht erfüllt», so das Verdikt von Angela Lüthold (SVP). Damian Hunkele (FDP) kündigte an: «Wird das Paket aufgeschnürt, werden auch wir handeln müssen.» Für diese Haltung erntete die FDP Kritik, weil sie die Regierungsbotschaft über den Übertritt ins Kurzzeitgymi ablehnte, die praktisch identische Massnahme im Sparpaket aber befürwortete. «Ich bin baff. Die FDP handelt

nicht konsequent», konstatierte Jacqueline Mennel Kaeslin (SP). Mit 76 zu 33 Stimmen wurde nach der Botschaft auch die Gesetzesänderung bachab geschickt.

Zahl der Heimplätze wird reduziert

Erfolge verbuchen konnte die Regierung bei der Plafonierung der Lohnzulagen bei Kantonsangestellten, bei der Beschränkung der Entschädigung für Anwälte bei Zivilrechtsverfahren mit hohem Streitwert, bei der Optimierung der Sekundarschulkreise und bei den ÖV-Sparmassnahmen. Selbst die umstrittene Reduktion der Anzahl Heimplätze wurde gutgeheissen.

Im Asylwesen stützte das Parlament das Ansinnen der Regierung, die Betreuung der Asylbewerber künftig auszuschieben. Hitzig wurde es aber bei der Frage, ob der Kanton bei der Sozialhilfe für Flüchtlinge auf Kosten der Gemeinden entlastet werden soll. Gemeindevertreter wie der Luzerner Stadtpräsident Stefan Roth (CVP) warnten vor den Folgen für die Gemeindekassen. Sozialdirektor Guido Graf (CVP) wehrte sich zwar gegen die Argumente der Gemeindevertreter, dennoch sah er die «Schlacht verloren». Das bestätigte auch das Parlament und stellte sich schliesslich mit 69 zu 36 Stimmen gegen den Regierungsrat.

MEHR ZUM THEMA

Mehr zum Thema Sparpaket lesen Sie auf der nächsten Seite.



«Die Regierung hat den Sparauftrag nicht erfüllt.»

ANGELA LÜTHOLD,
SVP, NOTTWIL



«Wird das Paket aufgeschnürt, werden auch wir handeln.»

DAMIAN HUNKELER,
FDP, LUZERN



«Ich bin baff. Die FDP handelt nicht konsequent.»

JACQUELINE MENNEL KAESLIN,
SP, HOCHDORF

Kurzzeit-Gymi: Regierung scheitert zum zweiten Mal klar

BILDUNG nus. Der Übertritt ans Kurzzeitgymnasium ist auch weiterhin nach der 3. Sekundarstufe möglich. Diesen Entscheid fällt der Kantonsrat gestern deutlich. Am Morgen lehnte das Parlament den entsprechenden Planungsbericht der Regierung mit 80 zu 25 Stimmen ab, am Nachmittag strich der Rat die Massnahme mit 76 gegen 33 Stimmen aus dem Sparpaket «Leistungen und Strukturen 2».

Wäre die Regierung mit ihrem Vorschlag durchgedrungen, hätte der Kanton bis 2017 total 0,7 Millionen Franken gespart. Auf die Gemeinden wären im gleichen Zeitraum Mehrkosten von 2,5 Millionen Franken zugekommen. Damit wies das Parlament das Ansinnen der Regierung, den Übertritt ans Kurzzeit-Gymi nur noch nach der 2. Sekundarstufe zu ermöglichen, nach 2012 bereits zum zweiten Mal ab. Bereits die Bildungskommission kam bei der Vor-

beratung zum Schluss, die Sparmassnahme der Regierung mache keinen Sinn – mit 12 zu 1 Stimmen.

«Schwächung nicht akzeptabel»

Rolf Bossart, Präsident der Bildungskommission, begründete die ablehnende Haltung damit, dass die Türen für Schüler aus pädagogischer und entwicklungspsychologischer Sicht offen bleiben müssten. «Eine Schwächung der Kurzzeit-Gymis ist für die grosse Mehrheit der Kommission nicht akzeptabel», sagte der SVP-Politiker aus Schenkon.

Die gleiche Haltung vertreten die Fraktionen von SVP, FDP, SP, Grünen und Grünliberalen. Nur in der grössten Fraktion, jener der CVP, waren die Meinungen geteilt, wie Sprecherin Priska Wismer (Rickenbach) ausführte. Das Übertrittsverfahren sei in der Fraktion «sehr kontrovers diskutiert worden».

Das gelte auch für den Spareffekt, sagte Wismer. SVP-Sprecherin Barbara



«Die Regierung handelt nur noch finanzgesteuert.»

MONIQUE FREY,
GRÜNE, EMMEN

Lang (Hellbühl) argumentierte, ein Übertritt nur noch nach der 2. Sekun-

darstufe würde für Schüler eine Qualitätseinbusse bedeuten. Auch bei der FDP kam der von der Regierung vorgelegte Plan schlecht an. Es spreche für sich, dass zwei Drittel der Schüler erst nach der 3. Sekundarstufe ins Kurzzeit-Gymi wechseln würden, sagte Angela Pfäffli (Grosswangen). Mit dem zwingenden Übertritt nach der 2. Sekundarstufe Entscheidungen forciert, die nicht gereift seien. Pfäffli: «Das ist der falsche Weg. So fördern wir Misserfolg, Schulabbrüche oder Frustrationen bei Jugendlichen.»

«Vollkommen an Realität vorbei»

«Gar nicht einverstanden» mit der von der Regierung beabsichtigten Neuregelung des Übertrittsverfahrens zeigte sich die SP, wie Jacqueline Mennel Kaeslin (Hochdorf) sagte. Grüne-Sprecherin Monique Frey (Emmen) schloss sich ihrer Vorrednerin an: «Die Regie-

rung handelt nur noch finanzgesteuert. Da er sparen kann, ist ihm jede Strukturveränderung recht, unabhängig von der fachlich-pädagogischen Beurteilung.» Ebenso deutliche Worte wählte Markus Baumann (GLP, Luzern). «Der Regierungsrat plant mit der vorgeschlagenen Massnahme vollkommen an der Realität, an den Bedürfnissen und Voraussetzungen der Schüler sowie deren Familien vorbei», so Baumann.

Als einziger Kantonsrat stellte sich Sepp Furrer (CVP, Malers) hinter den Vorschlag der Regierung. Er bezeichnete den Planungsbericht als gut. Das fand – selbstredend – auch Bildungsdirektor und Parteikollege Reto Wyss. Die Regierung wolle mit ihrem Vorschlag «die Verfahren straffen», sagte er. Kurz darauf versenkte das Parlament den mehr als 20 Seiten starken Planungsbericht nach einstündiger Debatte wuchtig.